



## Antrag Nr. 15/108

öffentlich

**Datum:** 08.08.2023  
**Antragsteller:** GRÜNE

|   |                   |                  |
|---|-------------------|------------------|
| <b>Landschaftsausschuss</b>                             | <b>23.08.2023</b> | <b>Beschluss</b> |
| <b>Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung</b> | <b>25.09.2023</b> | <b>Kenntnis</b>  |

### Tagesordnungspunkt:

**Antrag Bezuschussung des Deutschlandtickets durch den LVR**

### Beschlussvorschlag:

1. Der Landschaftsausschuss beauftragt die Verwaltung, allen Tarifbeschäftigten des LVR, die sich in einem aktiven Beschäftigungsverhältnis befinden und ein Deutschlandticket über den LVR als JobTicket beziehen oder neu beantragen, einen Zuschuss in Höhe von 12,25 €/Monat zu zahlen. Hierfür sind alle notwendigen Schritte einzuleiten.
2. Der Landschaftsausschuss beauftragt die Verwaltung, nach Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen auch allen Beamtinnen und Beamten, die sich in einem aktiven Dienstverhältnis befinden und ein Deutschlandticket über den LVR als JobTicket beziehen, einen Zuschuss in Höhe von 12,25 €/Monat zu zahlen.

### Ergebnis:

**Beschlussvorschlag abgelehnt**

### Begründung:

Am 1. Mai startete das bundesweite Deutschlandticket. Das Deutschlandticket wird auch als JobTicket angeboten. Beim Deutschlandticket als JobTicket übernehmen die Arbeitgeber für ihre Mitarbeitenden einen Teil der Kosten. Beträgt der Arbeitgeberzuschuss mindestens 25 Prozent (= 12,25 Euro), wird auf den Ausgabepreis von 49 Euro ein weiterer Abschlag von fünf Prozent gewährt, sodass die Mitarbeitenden dann nur noch einen Beitrag von 34,30 Euro/Monat zahlen müssen. Viele Arbeitgeber geben ihren Beschäftigten diesen Zuschuss für das „49-Euro-Ticket“, was nicht nur die Anschaffung und Nutzung dieses

nachhaltigen und ökologisch sinnvollen Mobilitätsangebots unterstützt, sondern auch die Arbeitgeberattraktivität dieser Unternehmen steigert.

Auch kommunale Arbeitgeber in Nordrhein-Westfalen, z.B. die Städte Köln, Bonn und Essen sowie die Kreise Heinsberg, Rhein-Erft-Kreis oder Rhein-Kreis-Neuss, aber auch andere Mitgliedskommunen, haben einen solchen Arbeitgeberzuschuss beschlossen oder planen dies bald zu tun. Auch in anderen Bundesländern leisten kommunale Arbeitgeber diese Zuschüsse für ihre Beschäftigten. Die Städte München und Stuttgart haben sogar angekündigt, die Kosten für das Deutschlandticket komplett zu übernehmen. Hingegen ist der LVR nach wie vor nicht bereit, einen solchen Zuschuss zu leisten. Sowohl für die Unterstützung der notwendigen Verkehrswende, aber auch um die Arbeitgeberattraktivität des LVR zu steigern bzw. um diese nicht im Vergleich zu anderen kommunalen Arbeitgebern zu verlieren, soll zeitnah die Bezuschussung des Deutschland-Tickets durch den LVR erfolgen.

Beamtinnen und Beamten kann das Deutschlandticket derzeit nicht vergünstigt angeboten werden, da der Zuschuss nach dem Landesbesoldungsgesetz NRW aktuell noch unzulässig ist. Sofern die gesetzlichen Voraussetzungen auf Landesebene geschaffen werden, sollen auch die aktiven Beamtinnen und Beamten einen Zuschuss zum Deutschlandticket als JobTicket in Höhe von 12,25 €/Monat erhalten.

Ralf Klemm  
Fraktionsgeschäftsführer